

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
1. Kapitel: Begriff und Entwicklung der „qualifizierten Belehrung“	21
2. Kapitel: Die Belehrung des Beschuldigten in der Vernehmung	57
3. Kapitel: Die qualifizierte Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung	71
4. Kapitel: Die Darstellung einer möglichen Begründung der Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein Überblick	113
5. Kapitel: Die mögliche Begründung einer Pflicht zur qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein eigener Lösungsansatz	127
6. Kapitel: Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung	141
7. Kapitel: Lösungsansatz zur Frage nach der allgemein-gültigen Möglichkeit zur Herleitung einer qualifizierten Belehrung	159
Thesen	177
Literaturverzeichnis	181
Entscheidungsregister	203

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
1. Kapitel: Begriff und Entwicklung der „qualifizierten Belehrung“	21
A. Der Begriff der „qualifizierten Belehrung“	21
B. Die Entwicklung des Rechtsinstituts der qualifizierten Belehrung	22
I. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 136 I 2 StPO	23
1. Die frühe Rechtsprechung	23
a) BGHSt 22, S. 129 ff.	23
b) BGHSt 22, S. 170 ff.	25
2. Die heutige Rechtsprechung	26
a) BGHSt 38, S. 214 ff.	26
b) AG Hann. Münden	28
c) Resumé der Entwicklung der Rechtsprechung zur Belehrung	29
3. Die Ansicht der Literatur	31
4. Eigene Stellungnahme	32
II. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen § 136 a I StPO	33
1. Die Ansicht der Rechtsprechung	33
a) LG Dortmund, NStZ 1997, S. 356 f.	33
b) „Der Fall Daschner“, StV 2003, S. 325 ff.	35
2. Die Ansicht der Literatur	36
3. Eigene Stellungnahme	37
III. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 52 III 1 StPO	37
1. Die Belehrungspflicht des § 52 III 1 StPO	38
2. Folge der Verletzung der Belehrungsvorschrift	38
3. Heilung des Verwertungsverbots	38
a) Heilung des Verwertungsverbots durch Nachholung der Belehrung oder durch qualifizierte Belehrung?	39
aa) Die Ansicht der Rechtsprechung	39

bb) Zwischenergebnis	41
cc) Die Ansicht der Literatur	41
b) Zwischenergebnis	42
4. Der Übergang von der Zeugen- zur Beschuldigtenvernehmung	42
5. Eigene Stellungnahme	43
IV. Die qualifizierte Belehrung über die Freiheit des Rechtsmittelverzichts nach Absprache	44
1. Die frühe Rechtsprechung	44
a) BGHSt 43, S. 195 ff.	44
b) BGH, wistra 2004, S. 232 ff.	46
2. Die heutige Rechtsprechung des Großen Senats (NJW 2005, S. 1440 ff.)	47
3. Die Ansicht der Literatur	49
a) Die Ansicht von Satzger und Höltkemeier	49
b) Die Ansicht von Rieß und Meyer-Goßner	50
c) Die Ansicht von Seher	51
4. Eigene Stellungnahme	51
5. Die weitere Entwicklung der Gesetzgebung	52
V. Die qualifizierte Belehrung nach dem Übergang von der informatorischen Befragung zur Vernehmung	54
1. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von einer zulässigen informatorischen Befragung zur Vernehmung	54
2. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von einer unzulässigen informatorischen Befragung zur Vernehmung	55
a) Voraussetzungen unter denen eine informatorische Befragung unzulässig ist	55
b) Eigene Stellungnahme	56
2. Kapitel: Die Belehrung des Beschuldigten in der Vernehmung	57
A. Der Beschuldigte	57
I. Die Beschuldigteneigenschaft	57
1. Der objektive oder materielle Beschuldigtenbegriff	58
2. Der subjektive oder formelle Beschuldigtenbegriff	58
II. Konsequenz	59
B. Die Vernehmung des Beschuldigten	59
I. Die Gewährung rechtlichen Gehörs	60
1. Die Ansicht der Rechtsprechung	61
2. Die Ansicht der Literatur	61
a) Die Ansicht von Rogall und Hanack	62

b) Die Ansicht von Dencker	63
c) Die Ansicht von Degener und Grünwald	64
d) Die Ansicht von Lesch und Bockemühl	65
e) Die Ansicht von Gillmeister	66
3. Zwischenergebnis	67
II. Die Verteidigungsfunktion	68
1. Inhalt der Verteidigungsfunktion	68
2. Übertragung auf das Prinzip der qualifizierten Belehrung	69
3. Zwischenergebnis	69
III. Die Erforschung der Wahrheit und Sicherung der Beweise	69
IV. Konsequenz	70
 3. Kapitel: Die qualifizierte Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung	71
A. Die Voraussetzungen einer Durchsuchung gemäß §§ 102, 105 StPO	71
I. Straftat i.S.v. § 102 StPO	71
II. Täter oder Teilnehmer	72
III. Der Tatverdacht	72
IV. Der Verhältnismäßigkeits- und Bestimmtheitsgrundsatz	73
V. Die Zuständigkeit	74
B. Verfahrensfehler bei der Hausdurchsuchung	74
I. Mögliche Verstöße gegen die Annahme von Gefahr im Verzug	75
1. Die fernenmündliche Anordnung	75
a) Die Ansicht von Beichel und Kieninger	76
b) Die Ansicht von Hofmann	77
c) Eigene Stellungnahme	77
d) Die Ansicht von Krehl	79
e) Eigene Stellungnahme	79
f) Ausnahme von der Einrichtung eines richterlichen Bereitschaftsdienstes	80
2. Die Dokumentationspflicht	80
a) Inhalt der Dokumentationspflicht	80
b) Eigene Stellungnahme	83
3. Die Begründungspflicht	83
a) Inhalt der Begründungspflicht	83
b) Eigene Stellungnahme	85
4. Das Verbot der Willkür	85
a) Inhalt des Willkürverbots	85
b) Eigene Stellungnahme	87

5. Die Umgehung des Bestimmtheitsgrundsatzes durch Annahme eines Zufallsfundes gemäß § 108 I StPO	87
a) Der Zufallsfund i.S.v. § 108 I StPO	87
b) Eigene Stellungnahme	88
6. Die zeitliche Gültigkeit eines Durchsuchungsbeschlusses	89
a) Die zeitliche Geltung des Durchsuchungsbeschlusses	89
b) Eigene Stellungnahme	90
7. Der Verstoß gegen die Annahme von Ermessen	91
II. Konsequenz	91
C. Die Folge der Verletzung von Verfahrensvorschriften	
bei der Durchsuchung	92
I. Beweisverwertungsverbot: die einzige Möglichkeit – der Ansatz Ransieks	93
II. Die Beweisverbotslehren	94
1. Die strenge Beweisverbotslehre	94
a) Der Inhalt der strengen Beweisverbotslehre	94
b) Kritik an der strengen Beweisverbotslehre	94
2. Die Abwägungslehre	95
a) Der Inhalt der Abwägungslehre	95
b) Kritik an der Abwägungslehre	97
3. Der hypothetische Ermittlungseingriff	98
a) Inhalt der Lehre vom hypothetischen Ermittlungseingriff	98
b) Kritik an der Lehre vom hypothetischen Ermittlungseingriff	99
4. Die Lehre vom Beweisverbot bei systematischem Verfahrensmisbrauch	99
a) Inhalt der Lehre vom systematischen Verfahrensmisbrauch	99
b) Stellungnahme	100
5. Die Lehre von den Informationsbeherrschungsrechten	100
a) Inhalt der Lehre der Informationsbeherrschungsrechte	100
b) Stellungnahme	102
6. Beweisverwertungsverbot aufgrund der Bedeutung der Grundrechte	103
III. Ergebnis	103
D. Heilung des Beweisverwertungsverbots durch die Erteilung einer qualifizierten Belehrung	105
I. Das Problem mit der Widerspruchslösung	105
1. Die Ansicht der Rechtsprechung	107

2. Die Ansicht der Literatur und eigene Stellungnahme	107
II. LG Bremen, StV 2005, S. 318 ff.	109
III. LG Heilbronn, StV 2005, S. 380 ff.	110
IV. Eigene Stellungnahme	112
4. Kapitel: Die Darstellung einer möglichen Begründung der Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein Überblick	113
A. Ableitung der Notwendigkeit einer qualifizierten Belehrung aus dem Gedanken des „fairen Verfahrens“	113
I. Inhaltliche Vorgaben und Bestandteile des fairen Verfahrens	114
1. Die Ansicht von Kernsmann	115
2. Die Ansicht von Esser	115
3. Stellungnahme	116
II. Die Aufklärungspflicht aufgrund der „prozessualen Fürsorgepflicht“ als Bestandteil des fairen Verfahrens	116
1. Die Ableitung des Prinzips der prozessualen Fürsorgepflicht	117
a) Die Ansicht von Rogall	117
b) Die Ansicht von Marcazk und Geppert	118
2. Eigene Stellungnahme	119
B. Die Aufklärungspflicht aus dem nemo-tenetur-Prinzip	120
I. Die Wurzeln des nemo-tenetur-Prinzips	120
II. Die Transformation des nemo-tenetur-Prinzips zur Begründung der qualifizierten Belehrung	121
1. Die Ansicht der Rechtsprechung	121
a) LG Bad Kreuznach, StV 1994, S. 293 ff.	121
b) LG Dortmund, NStZ 1997, S. 356 ff.	122
2. Die Ansicht der Literatur	123
a) Die Ansicht von Ransiek	123
b) Die Ansicht von Rogall	123
c) Die Ansicht von Bosch	123
d) Eigene Stellungnahme	124
5. Kapitel: Die mögliche Begründung einer Pflicht zur qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung – ein eigener Lösungsansatz	127
A. Die Pflicht zur Erteilung einer qualifizierten Belehrung aufgrund der Verteidigungsfunktion der Belehrungspflicht des § 136 I 2 StPO	127
B. Der Folgenbeseitigungsanspruch	129

I.	Die Anwendbarkeit	129
II.	Die Ableitung des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs	130
III.	Die Voraussetzungen des öffentlich-rechtlichen Folgenbeseitigungsanspruchs	131
	1. Hoheitlicher Eingriff in ein subjektives Recht	131
	2. Rechtswidriger, noch andauernder Zustand	132
	3. Der Vollzugsfolgenbeseitigungsanspruch	132
	4. Zwischenergebnis und eigene Stellungnahme	133
C.	Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit im Rahmen der Notwendigkeit einer qualifizierten Belehrung	134
	1. Der rechtliche Ausgangspunkt des Prinzips der Waffengleichheit	134
	a) Anwendungsbereich	135
	b) Stellungnahme zum Anwendungsbereich des Prinzips der Waffen- und Chancengleichheit	136
	2. Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit im gerichtlichen Verfahren – eine Stellungnahme	137
D.	Zwischenergebnis	138
6.	Kapitel: Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung nach einer rechtswidrigen Hausdurchsuchung	141
A.	Ausnahmen vom Erfordernis der qualifizierten Belehrung aufgrund der Regelungen des § 136 a StPO	141
I.	Die Täuschung	141
	1. Definition des Begriffs der Täuschung	141
	2. Die Ansicht der Rechtsprechung u. Teile der Literatur	142
	3. Kritik an der Ansicht der Rechtsprechung und eigene Stellungnahme	144
	4. Die Ansicht eines anderen Teils der Literatur	145
II.	Bewusste oder fahrlässige Täuschung	145
	1. Fahrlässiges Verhalten ausreichend	145
	2. Vorsätzliches Verhalten erforderlich	146
	3. Eigene Stellungnahme	147
	4. Zwischenergebnis	148
III.	Die Problematik der Fortwirkung	149
	1. Die Ansicht der Rechtsprechung	149
	2. Die Ansicht der Literatur	153
	a) Die Ansicht von Neuhaus	153
	b) Die Ansicht von Bosch	154
	c) Eigene Stellungnahme	155

B. Die Entbehrlichkeit einer qualifizierten Belehrung aufgrund des Akteneinsichtsrechts der Verteidigung	155
7. Kapitel: Lösungsansatz zur Frage nach der allgemein-gültigen Möglichkeit zur Herleitung einer qualifizierten Belehrung	159
A Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 136 I 2 StPO	159
I. Das rechtliche Gehör und die Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften	160
II. Das Prinzip des fairen Verfahrens	160
III. Das Prinzip der Waffen- und Chancengleichheit	161
IV. Die prozessuale Fürsorgepflicht	161
V. Das nemo-tenetur-Prinzip	162
VI. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch	163
B. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen § 136 a I StPO	164
I. Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften	164
II. Das Prinzip des fairen Verfahrens	165
III. Die prozessuale Fürsorgepflicht	165
IV. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch	166
C. Die qualifizierte Belehrung nach einem Verstoß gegen die Belehrungsvorschrift des § 52 III 1 StPO	167
I. Die qualifizierte Belehrung bei der unterlassenen Zeugenbelehrung	167
1. Die Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften	167
2. Das nemo-tenetur-Prinzip	168
3. Das Prinzip des fairen Verfahrens	168
4. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch	169
II. Die qualifizierte Belehrung beim Übergang von der Zeugen- zur Beschuldigtenbelehrung	169
1. Verteidigungsfunktion der Belehrungsvorschriften	170
2. Das nemo-tenetur-Prinzip	170
3. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch	170
D. Die qualifizierte Belehrung über die Freiheit des Rechtsmittelverzichts nach Absprache	171
I. Das Prinzip des fairen Verfahrens	171
II. Das nemo-tenetur-Prinzip	172
III. Der öffentlich-rechtliche Folgenbeseitigungsanspruch	172
E. Ergebnis und Ausblick	173
I. Ergebnis	173

II. Ausblick	173
Thesen.....	177
Literaturverzeichnis	181
Entscheidungsregister	203